

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39
Telefax: 986846 ppbn d
Telefax: 21 06 64

Inhalt

Harald B. Schäfer MdB zum Stand der innerparteilichen Diskussion über die Zwischenergebnisse der Arbeitsgruppe „Fortschritt '90“: Die natürlichen Lebensgrundlagen erhalten.

Seite 1

Jürgen Baasch MdL zum Abschluß von Naturheilmitteln aus der Erstattungspflicht der Krankenkassen: Dr. Blüm zeichnet den Weg in die Zwei-Klassen-Medizin vor.

Seite 3

Ernst Welteke MdL zur Einschränkung von ABM- und Fortbildungsmaßnahmen: Den Abbau der aktiven Arbeitsmarktpolitik stoppen.

Seite 4

Dokumentation:

Die baden-württembergische SPD hat mit Blick auf die Kommunalwahlen am 22. Oktober ein Flugblatt vorbereitet, das sich in exemplarischer Weise mit den „Republikanern“ auseinandersetzt. Wortlaut

Seite 5

44. Jahrgang / 198

13. Oktober 1989

Die natürlichen Lebensgrundlagen erhalten

Zum Stand der innerparteilichen Diskussion über die Zwischenergebnisse der Arbeitsgruppe „Fortschritt '90“

Von Harald B. Schäfer MdB
Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Das Konzept der Arbeitsgruppe zum ökologischen Umbau der Industriegesellschaft ist durch die Diskussionen in Partei und Fraktion in den letzten Wochen in seinen Grundzügen ausdrücklich bestätigt worden. Partei und Fraktion haben in ihrer überwiegenden Mehrheit verstanden, daß die SPD bei den kommenden Bundestagswahlen ihr Wahlziel nur erreichen kann, wenn sie eine überzeugende Antwort auf die Herausforderungen der ökologischen Krise, insbesondere der drohenden Klimakatastrophe, geben kann.

Wie auch der Entwurf unseres Grundsatzprogramms zeigt, ist für die SPD Umweltpolitik nicht mehr ein bloßes Mittel der Beschäftigungs- und Sozialpolitik, sondern integraler Bestandteil und Orientierungspunkt der Wirtschafts- und Finanzpolitik.

Die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen ist neben der Sicherung des Friedens wichtigstes Ziel sozialdemokratischer Politik und zentrale Zukunftsaufgabe. Auch neueste Umfragen zeigen: die Bürger halten den Umweltschutz inzwischen für die wichtigste politische Aufgabe.

Dies schließt nicht aus, daß von Einzelnen noch Bedenken und Einwände gegen das Konzept des ökologischen Umbaus geäußert werden, die dem alten, rein verteilungspolitisch orientierten Denken verhaftet sind. Solche, gemessen an den globalen Herausforderungen der zukünftigen Umwelt- und Energiepolitik oft kleinkariert und provinziell wirkenden Bedenken werden die Akzeptanz des Gesamtmodells „Fortschritt '90“ jedoch nicht beeinträchtigen.

Die vorgebrachten Einwände können in zwei Gruppen unterteilt werden.

— Vorschläge, die im Grunde darauf hinauslaufen, alles beim Alten zu lassen. Das Konzept „Fortschritt '90“ wird pauschal als unwirksam kritisiert. Die eigene Antwort auf die ökologische Frage beschränkt sich hier auf umweltpolitisch verpackte Beschäftigungsprogramme nach klassischem Muster. Kreativität und Mut bei der Lösung umweltpolitischer Probleme werden ersetzt durch Geld.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 1204 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Remanierter Ökopapier
mit-recycelten Rohstoffen
Recycling-Paper



- Vorschläge, die darauf abzielen, den ökologischen Umbau der Industriegesellschaft effektiver und schneller zu erreichen. Über diese Vorschläge wird in den weiteren Beratungen von „Fortschritt '90“ im einzelnen zu reden sein. Dazu gehört auch die Frage, durch welche organisatorischen und investiven Maßnahmen die Attraktivität des öffentlichen Nahverkehrs erhöht werden kann, um die mit den Energiesteuern ohnehin verbundenen Umsteigeeffekte auf den ÖPNV noch zu verstärken.

Es muß jedoch insgesamt klar sein, daß der ökologische Umbau nicht zum Nulltarif zu haben ist. Das Gesamtkonzept zum ökologischen Umbau darf nicht durch die Berücksichtigung aller möglichen Einzelinteressen verwässert und zerredet werden.

Die SPD hat als bisher einzige Partei ein geschlossenes Konzept für den ökologischen Umbau. Mir ist bisher kein anderes Konzept bekannt, das ökologische Effektivität und soziale Verträglichkeit besser in Einklang brächte. Auch die Bundesregierung weiß, daß wir bis zum Jahr 2000 unseren Energieverbrauch um mindestens 20 Prozent reduzieren müssen. Aber es gibt bisher kein Konzept, geschweige denn konkrete Maßnahmen.

Der einzige Vorschlag aus dem Bereich der Regierungsparteien, der in Anspruch nehmen kann, mit dem F 90-Programm zumindest was das Ziel der Energieeinsparung und CO₂-Verminderung angeht zu konkurrieren, ist die CO₂-Abgabe.

Freilich hat hierzu der CDU-Parteitag nur einen unverbindlichen Prüfauftrag beschlossen und auch die Bundesregierung ist bisher jegliche Konkretisierung dieses Vorschlages schuldig geblieben.

Wir haben diesen Vorschlag ebenfalls geprüft und sind dabei zu dem Ergebnis gekommen, daß es für eine CO₂-Abgabe keinen Vorschlag gibt, der ökologisch wirksam und praktikabel wäre. Wenn man die Kleinemittenten (Haushalte, Autos) einbezieht, ist die Abgabe nur praktikabel, wenn sie nicht als Emissionsabgabe, sondern entsprechend den spezifischen CO₂-Anteilen auf die jeweiligen fossilen Energieträger erhoben würde.

Da eine Kraftstoff-Preiserhöhung von 50 Pfennig pro Liter allgemein als untere Grenze für die verbrauchsreduzierende Wirkung angesehen wird, müßte eine CO₂-Abgabe, die wirken soll, die gleiche Größenordnung erreichen. Nach ersten, mir bekannt gewordenen, Berechnungen des finanzwissenschaftlichen Forschungsinstituts der Universität Köln für die Enquete-Kommission „Vorsorge zum Schutz der Erdatmosphäre“ ergäbe sich eine Benzin- und Dieselverteuerung von 50 Pfennig pro Liter erst bei einer CO₂-Abgabe von 200 DM pro Tonne CO₂. Bei 798 Millionen Tonnen Gesamt-CO₂-Emission in der Bundesrepublik würde dies ein Abgabeaufkommen von rund 160 Milliarden DM bedeuten. Rund die Hälfte dieser Summe, also rund 80 Milliarden DM würden auf Stein- und Braunkohle entfallen. Der Preis der deutschen Steinkohle würde sich durch eine Abgabe in dieser Höhe von 270 DM/Tonne auf 540 DM/Tonne erhöhen. Schon diese wenigen Zahlen mögen verdeutlichen, daß eine Energiebesteuerung, die sich am CO₂-Gehalt orientiert, nicht praktikabel wäre.

(-/13.10.1989/vo-he/rs)

Dr. Blüm zeichnet den Weg in die Zwei-Klassen-Medizin vor

Zum Ausschluß von Naturheilmitteln aus der Erstattungspflicht der Krankenkassen

Von Jürgen Baasch MdL

Gesundheitspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Landtag von Schleswig-Holstein

Die vom Bundesarbeitsministerium vorgelegte Negativ-Liste zum Gesundheitsreformgesetz, die den Ausschluß von 2.000 bis 3.000 Naturheilmitteln aus der Erstattungspflicht der Krankenkassen vorsieht, wird von uns abgelehnt. Denn dies ist eine Politik nur für diejenigen, die Naturheilmittel bezahlen können. Dr. Blüm zeichnet den Weg in die Zwei-Klassen-Medizin vor.

Die naturheilkundlichen und homoöpathischen Therapien verdienen wegen ihrer jahrzehntelangen Bewährung und ihrer Preiswürdigkeit ein besonders Vertrauen.

Darüber hinaus leistet die Blümsche Verordnung keinen Beitrag zur angestrebten Senkung der Medikamentenkosten. Im Gegenteil: Der Arzt muß statt auf Naturheilmittel auf chemisch-synthetische Präparate zurückgreifen, die bekanntlich teurer und von ihrer Nebenwirkung her häufiger bedenklicher sind.

Daher ist die vom Bundesarbeitsministerium vorgelegte Verordnung wirtschaftlich weder durchdacht noch therapeutisch von Nutzen.

Darüber hinaus ignoriert das Bundesarbeitsministerium mit seiner Verordnung den Wunsch breiter Bevölkerungskreise nach Behandlung mit Naturheilmitteln: Fast zwei Drittel der Bevölkerung wollen sich laut Allensbach-Studie vom September 1989 biologisch behandeln lassen.

Die Folgen der Blümschen Verordnung werden verheerend sein: Mehr als die Hälfte (mengenmäßig betrachtet) aller naturheilkundlichen und homoöpathischen Präparate sollen die Krankenkassen nicht mehr bezahlen, 90 Prozent aller biologisch-pharmazeutischen Firmen sind betroffen, mehrere tausend Arbeitsplätze bei diesen und bei Zulieferfirmen hat der Bundesarbeitsminister wegrationalisiert. Die ärztliche Therapiefreiheit wird beseitigt, Patienten als Bürger entmündigt.

(-/13.10.1989/vo-he/rs)

* * *

Den Abbau der aktiven Arbeitsmarktpolitik stoppen

Zur Einschränkung von ABM- und Fortbildungsmaßnahmen

Von Ernst Welteke MdL

Vorsitzender der SPD-Fraktion im Hessischen Landtag

Auf einen dramatischen Rückgang der beschäftigten Arbeitnehmerinnen in allgemeinen Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung (ABM) und der Teilnehmer an Berufsbildungs- und Umschulungsmaßnahmen in Hessen ist hinzuweisen.

Der von der Bundesregierung und den Koalitionsfraktionen Ende letzten Jahres mit der 9. Novelle des Arbeitsförderungsgesetzes verfügte Abbau an Mitteln hat zu einer nicht vertretbaren Einschränkung geführt: Im Vergleich zum Vorjahr ist die Zahl der Arbeitsplätze bei Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in Hessen um 2.528 auf 5.034 gesunken. Er war damit im vergangenen Jahr über 50 Prozent höher.

Maßnahmen zur Fortbildung, Umschulung und Einarbeitung sind in den ersten acht Monaten dieses Jahres in Hessen nur 20.000 gegenüber 27.000 im Vorjahreszeitraum eingetreten.

Es ist zu bedauern, daß der Hessische Ministerpräsident Walter Wallmann seine zu Beginn des Jahres gegebene Zusicherung, das Land Hessen werde gegen die Kürzungsmaßnahmen stimmen, nicht eingehalten hat.

Da der entscheidende Standortvorteil der Bundesrepublik Deutschland, das berufliche Wissen und Können der ArbeitnehmerInnen ist, muß dieser Standortvorteil vor dem Hintergrund des EG-Binnenmarktes gesichert werden. Deshalb ist ein Ausbau der Qualifizierungsmaßnahmen erforderlich. Man kann nicht, wie das gegenwärtig vielfach geschieht, den Fachkräftemangel beklagen, gleichzeitig aber den notwendigen Umfang an Qualifizierungsmaßnahmen verweigern.

Ich verweise ferner darauf, daß fast die Hälfte der beruflichen Eingliederungslasten der Aus- und Übersiedler von den Beitragszahlern der Bundesanstalt für Arbeit getragen werden müssen. Dagegen werden die Qualifizierungsmaßnahmen für die versicherten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus finanziellen Gründen unterbleiben oder hinausgezogen. Die Eingliederung der Aus- und Übersiedler ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und muß deshalb auch aus Steuermitteln finanziert werden. Wenn der gegenwärtige Zustand beibehalten würde, müßte er zu erheblichen gesellschaftlichen Konflikten führen. Die ArbeitnehmerInnen, die mit ihren Beiträgen, die Bundesanstalt finanzieren, können nicht einsehen, warum Beamte und Selbständige an der nationalen Aufgabe der Eingliederung finanziell nicht beteiligt werden. (-/13.10.1989/vo-he/rs)

* * *

DOKUMENTATION

Was uns die Geschichte gelehrt hat...

Die baden-württembergische SPD hat mit Blick auf die Kommunalwahlen am 22. Oktober ein Flugblatt vorbereitet, das sich in exemplarischer Weise mit den „Republikanern“ auseinandersetzt. Unter der Überschrift „Das hat die Geschichte uns deutlich gelehrt: Rechtsradikale sind die falschen Leute, um Wohlstand und Fortschritt zu sichern.“ heißt es:

Baden-Württemberg genießt hohes Ansehen in der Welt. Das macht unser Land und unsere Wirtschaft stark und ist die Grundlage für Wohlstand und Fortschritt. Das gefährden die REPs mit ihren dumpfen Parolen. Sie nennen sich Republikaner, in Wahrheit aber liegt ihnen nichts an unserer demokratischen Republik. Das zeigt sich nicht nur darin, daß sie den Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker beschimpfen und beleidigen.

„Recht und Ordnung“ bei den REPs

Sie reden von „Recht und Ordnung“. Von welchem Recht und von welcher Ordnung? Kripo und Staatsanwälte haben in den Reihen der REPs immer wieder alle Hände voll zu tun - mit Betrügereien, Fälschungen und Gewaltdelikten.

Ein paar Beispiele:

Fall 1: Wegen des Verdachts der Körperverletzung, Nötigung und Sachbeschädigung nahm die Berliner Staatsanwaltschaft im April Ermittlungen gegen den dortigen REPs-Chef Bernd Andres auf. Angezeigt hatte ihn sein „Parteifreund“ Bert Kai Handschumacher.

Fall 2: In Rheinland-Pfalz sollte Hans Bastian einer der Spitzenkandidaten zur Landtagswahl im Mai 1987 werden - vorbestraft unter anderem wegen Kreditbetruges und Urkundenfälschung zu eineinhalb Jahren Freiheitsstrafe und 10.000 DM Geldstrafe.

Fall 3: Als im Frühjahr die stellvertretende REPs-Vorsitzende von Berlin, Alexandra Kliche, zurücktrat, erklärte sie unter anderem: „Und auch von der stets gepriesenen ‚Demokratie‘ ist parteiintern wenig zu spüren. Von Gewalt sollte eher die Rede sein.“

Fall 4: In Langenau (Aib-Donau-Kreis) fälschten die REPs Unterschriften zur Kommunalwahl.

Wenn man die REPs näher betrachtet, sind alte Radikale nicht weit

„Hitler war das siebte Parteimitglied.“ Diese Worte fielen auf einer Nominierungsveranstaltung der Republikaner in Horb, zu der nur vier Mitglieder erscheinen waren. Trotz solcher Vorfälle reagiert Herr Schönhuber sauer, wenn einer „Nazi“ ruft. Schaut man einmal näher hin, wen er alles in seiner Partei hat, sind alte Radikale nicht weit. Jede Menge früherer NPD- und DVU-Extremisten tummeln sich in den Reihen der REPs und sind dort längst in Amt und Würden.

Beispiele:

Bei Schönhuber versammeln sich die Unverbesserlichen.

- 0 Bundessprecher Harald Neubauer, Schönhubers wichtigster Mann, hatte schon bei der NPD verschiedene Parteiämter inne. Dem millionenschweren Rechtsextremisten Gerhard Frey (DVU-Chef) diente er lange Jahre - als Redakteur, Kundgebungsredner, als „rechte“ Hand.
- 0 Karl Denkewitz, bislang NRW-Wahlkampfmanager, vorher stellvertretender Landesvorsitzender der NPD.
- 0 Wolfgang Rau, vormals stellvertretender Bundesvorsitzender des NPD-Nachwuchses, kämpft in Düsseldorf für Schönhuber.
- 0 Manfred Rauhs, bei den REPs in Köln, davor Landesvorsitzender der NPD-Jugend und noch 1987 NPD-Bundestagskandidat.
- 0 Rudolf Kendzlo, Berliner Schatzmeister der REPs, früher dort NPD-Vorsitzender.
- 0 Norbert Markgraf, ehemaliger NPD-Aktivist, heute Landesvorsitzender der REPs in Niedersachsen.

REP-Politik: skrupelloses Geschäft mit der Angst

Die Republikaner schüren Ängste und gehen damit auf Stimmenfang. Sie schüren die Ängste der Frauen. Sie schüren die Ängste der Facharbeiter und Angestellten. Sie entfachen Angst vor den Menschen, die zu uns kommen, gehen aber andererseits bei Aus- und Umsiedlern Unterschriften sammeln. Angst ist ihr Geschäft, Lösungen aber bieten sie keine.

Wir Deutschen wissen, daß Rechtsradikalismus der falsche Weg ist, um unseren Wohlstand und unsere Zukunft zu sichern. Deshalb bekämpfen wir die Rechtsradikalen auch mit unserer Stimme bei der Kommunalwahl am 22. Oktober.

(-/13.10.1989/vo-he/rs)